

Begründung
zum Bebauungsplan Nr. 160
„Erweiterung Schulzentrum Pattensen“
der Stadt Pattensen
- beglaubigte Abschrift -

Ausgearbeitet
Hannover, im Juni 2015

Konkordiastraße 14A
30449 Hannover
☎ (05 11) 44 82 89
Fax (05 11) 45 34 40
Internet: www.eike-geffers.de
E-Mail: geffers@eike-geffers.de

Diplom-Volkswirt

Eike Geffers

**Beratender Volkswirt
für kommunale und
staatliche Planung**

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	3
1. Allgemeine Ziele und Zwecke des Bebauungsplans	3
2. Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs.....	4
3. Anpassung an die Ziele der Raumordnung (§ 1 Abs. 4 BauGB)	4
4. Interkommunales Abstimmungsgebot (§ 2 Abs. 2 BauGB)	5
5. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB)	5
II. Rahmenbedingungen.....	6
1. Lage in der Stadt, Geländebeziehungen und Entwässerung.....	6
2. Bodenbeschaffenheit und Altlasten	7
3. baulich genutzte Flächen, Freiflächen, Zustand von Natur und Landschaft.....	7
III. Begründung der Festsetzungen und nachrichtl. Übernahmen....	8
1. „Fläche für Gemeinbedarf - Schule“	8
2. Zufahrt nach Norden Pflanzflächen, überbaubare Grundstücksfläche	8
3. Öffentliche Straßenverkehrsfläche	8
4. Flächenübersicht.....	8
IV. Abwägung: öffentliche Belange ohne Umweltbelange.....	9
1. Belange des Bildungswesens	9
2. Belange der Landwirtschaft.....	9
3. Verkehrserschließung, Ver- und Entsorgung	9
V. Umweltbericht (§ 2 Abs. 4 und § 2a BauGB).....	11
1. Einleitung	11
a) Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplans	11
b) Darstellung der Ziele des Umweltschutzes	11
2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen	11
a) Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands.....	11
b) Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	14
c) Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich	17
d) Anderweitige Planungsmöglichkeiten.....	18
3. Zusätzliche Angaben.....	18
a) Verwendete technische Verfahren bei der Umweltprüfung	18
b) Maßnahmen zur Überwachung.....	18
c) Zusammenfassung.....	19
VI. Abwägung: Private Belange.....	20
VII. Abwägung: Zusammenfassende Gewichtung.....	20

I. Einleitung

Der **räumliche Geltungsbereich** des Bebauungsplans Nr. 160 „Erweiterung Schulzentrum Pattensen (= **Plangebiet**) liegt am Südwestrand des Ortsteils Pattensen-Mitte auf der Nordseite der Straße „Am Pfingstanger“, an der Westseite des Schulzentrums von Pattensen. Er umfasst eine Fläche von rd. 1,4 ha.

Für die KGS Ernst-Reuter-Schule auf dem Grundstück „Platz St. Aubin 1“ sind weitere Schulgebäude erforderlich. Das bestehende Schulgelände wird an der Ostseite vom Hüpeder Bach begrenzt und an der Westseite von einem Feldwirtschaftsweg. Für die geplanten Schulgebäude ist auf dem Schulgelände kein Platz. Sie sollen daher auf der nach Westen angrenzenden Ackerfläche errichtet werden.



KGS Ernst-Reuter-Schule

1. Allgemeine Ziele und Zwecke des Bebauungsplans

Allgemeines Ziel des Bebauungsplans sind neue Schulgebäude an der Westseite des Schulgeländes der KGS Ernst-Reuter-Schule.

Allgemeiner Zweck des Bebauungsplans ist die Deckung des gewachsenen Raumbedarfs im Schulzentrum Pattensen.

Der Bebauungsplan ist notwendig, um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die neuen Schulgebäude zu schaffen.

2. Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans (= **Plangebiet**) muss so abgegrenzt werden, dass die Ziele und Zwecke des Bebauungsplans erreicht werden. Für die Abgrenzung gilt außerdem der Grundsatz, dass von einem Bebauungsplan die Bewältigung der ihm anzurechnenden Konflikte verlangt werden muss. Nach diesen Kriterien wurde das Plangebiet abgegrenzt:

In das Plangebiet wird zunächst die Fläche einbezogen, die für die neuen Schulgebäude benötigt wird. Das ist das neue Flurstück 419/4 (11.158 m²) an der Westseite des Feldwirtschaftsweges, der das vorhandene Schulgelände an der Westseite begrenzt, mit einer Tiefe von rd. 50 m. Die Westgrenze verläuft in Verlängerung der Westgrenze des bebauten Flurstücks 419/1 auf der Nordseite der Straße „Am Pfingstanger“. In das Plangebiet wird außerdem der Feldwirtschaftsweg zwischen vorhandenem und geplantem Schulgelände einbezogen, um eine zusammenhängende Nutzung von vorhandenem und geplantem Schulgelände zu ermöglichen. Über die Wegefläche soll das Schulgelände in Zukunft zusätzlich von der Straße „Am Pfingstanger“ erschlossen werden.

Das vorhandene Schulgelände liegt im räumlichen Geltungsbereich des **Bebauungsplans Nr. 107 „Das kleine Rodefeld“**. Es ist als „Fläche für Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Schule“ festgesetzt. Als Maß der baulichen Nutzung werden drei Vollgeschosse und eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 zugelassen. Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch eine Baugrenze so festgesetzt, dass an der Westseite neben dem Feldwirtschaftsweg ein 3 m breiter Streifen als nicht überbaubare Grundstücksfläche verbleibt. Wenn in Zukunft das vorhandene Schulgelände und die Erweiterungsfläche zusammenhängend baulich genutzt werden sollen, muss die Festsetzung dieser 3 m breiten nicht überbaubaren Grundstücksfläche entfallen. Um das zu erreichen, wird ein 4 m breiter Streifen vom räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 107 in das Plangebiet einbezogen. In diesem Streifen wird auf die Festsetzung der Baugrenze verzichtet.

Auf dem Schulgelände entstehen „Betriebsgeräusche“, die zu Belästigungen von schutzbedürftigen Nutzungen in der Nachbarschaft führen können. Solche schutzbedürftigen Nutzungen gibt es aber in der Umgebung des Plangebiets nicht:

- Im Westen und Norden liegen landwirtschaftlich genutzte Flächen, die gegenüber dem Schulbetrieb nicht schutzbedürftig sind.
- Im Osten liegt das vorhandene Schulgelände, das gegenüber der Erweiterung nicht schutzbedürftig ist.
- Im Süden liegt das Betriebsgelände eines ehemaligen Baustoffhandels. Der Betrieb liegt still. Das Wohnhaus wird noch genutzt. Es hat den Schutzanspruch eines Wohngrundstücks im Außenbereich, der dem eines Dorfgebiets (MD) oder Mischgebiets (MI) entspricht. Dieser Schutzanspruch wird vom Schulbetrieb erfüllt.

Damit wird der **Grundsatz der Konfliktbewältigung** von diesem Bebauungsplan eingehalten.

3. Anpassung an die Ziele der Raumordnung (§ 1 Abs. 4 BauGB)

Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Dieser ist an die Ziele der Raumordnung angepasst. Ziele der Raumordnung, die zusätzlich beachtet werden müssen, gibt es für das Plangebiet nicht. Die Region Hannover als Träger der Regionalplanung hat in ihrer Äußerung zum Vorentwurf des Bebauungsplans (Schreiben vom 29.09.2014) mitgeteilt, dass die Planung mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist.

4. Interkommunales Abstimmungsgebot (§ 2 Abs. 2 BauGB)

Nach § 2 Abs. 2 BauGB sind die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen. Dieses Abstimmungsgebot ist verletzt, wenn von einem Bauleitplan „unmittelbare Auswirkungen gewichtiger Art“ auf eine Nachbargemeinde ausgehen. Das ist bei diesem Bebauungsplan offensichtlich nicht der Fall. Das Plangebiet liegt zentral im Pattensener Stadtgebiet. Die angrenzenden Gemeinden werden nicht unmittelbar berührt.

5. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB)

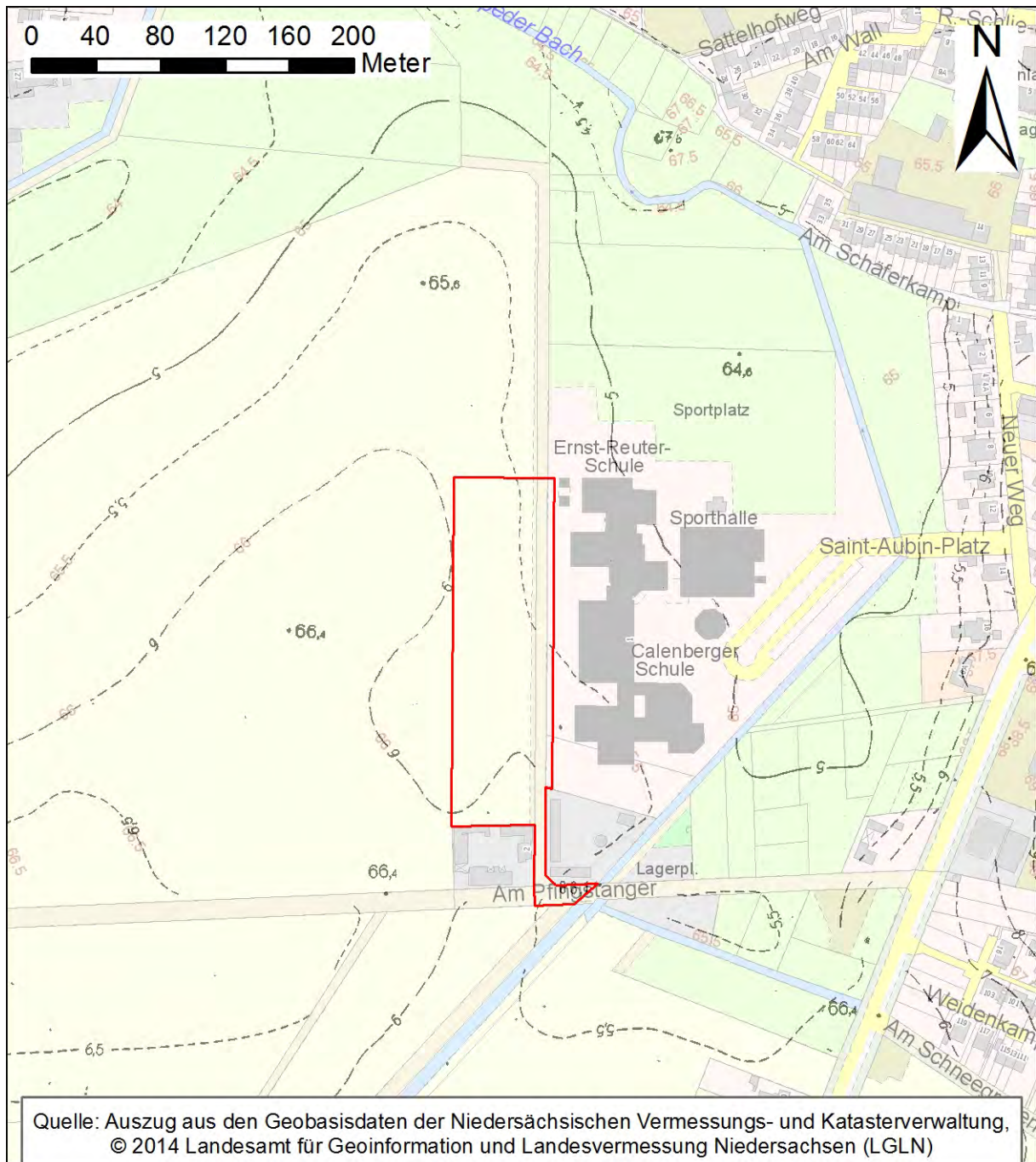
Die Stadt hat mit der 32. Änderung ihres Flächennutzungsplans, die am 17.04.2014 wirksam geworden ist, das Plangebiet als „Fläche für Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Schule“ dargestellt. Aus dieser Darstellung ist die gleichartige Festsetzung des Bebauungsplans entwickelt.

II. Rahmenbedingungen

1. Lage in der Stadt, Geländeverhältnisse und Entwässerung

Das Plangebiet liegt in der Ortschaft Pattensen-Mitte am Westrand der Ortslage im Anschluss an das Schulgelände der KGS Ernst-Reuter-Schule. Nach Westen und Norden schließt sich freie Landschaft an.

Das Gelände im Plangebiet hat Gefälle von Süden nach Norden. Vgl. die Höhenlinien im folgenden Kartenausschnitt! Der höchste Bereich liegt an der Straße „Am Pflingstanger“ ca. 66,4 m üNN. Die tiefste Stelle liegt am Ostrand des Plangebiets ca. 65,5 m üNN.



Karte mit dem Plangebiet (rote Linie) und dem Schulzentrum Pattensen westlich der Göttinger Straße im Ortsteil Pattensen-Mitte

Das Plangebiet gehört zum Entwässerungsgebiet des Hüpeder Bachs. Er fließt an der Ostseite des vorhandenen Schulgeländes und nördlich von Schulgelände und Erweiterung vorbei nach Norden und mündet im Ortszentrum von Pattensen-Mitte in den Fuchsbach. Der Fuchsbach mündet östlich von Pattensen in die Leine.

Der Hüpeder Bach ist ein Gewässer II. Ordnung. Für die Unterhaltung ist der Gewässer- und Landschaftsverband Mittlere Leine (UVH 52) zuständig. Er hat mitgeteilt (Schreiben vom 08.09.2014), das für die einzuleitenden Niederschlagswassermengen, die sich aus versiegelten Flächen ergeben, eine Abflussspende von 3 l/sxha nicht überschritten werden darf. Entsprechend einer hydraulischen Berechnung seien größere Einleitungswassermengen durch einen neben dem Gewässer neu zu schaffenden Retentionsraum gedrosselt zurückzuhalten. Dies wird bei der Gestaltung der Oberflächenentwässerung des Plangebiets beachtet. Vgl. dazu unten Abschnitt IV.3, S. 9!

2. Bodenbeschaffenheit und Altlasten

Die Freifläche im Plangebiet wird als Acker genutzt. Bei dem Acker handelt es sich nach der Bodenart um Lehm (L) der Zustandsstufen 2 und 3. Nach der Entstehungsart sind es Lößböden (Lö), d. h. durch Wind entstandene Ablagerungen der Eiszeit. Der Acker hat eine Bodenzahl von 81 im Nordteil und 85 im Südteil sowie eine Ackerzahl von 84 bzw. 88. Er besitzt also eine hohe Ertragsfähigkeit. (Die ertragsfähigsten Böden haben die Wertzahl 100.)

Für den Bebauungsplan interessiert in erster Linie die Frage,

- ob sich der Boden auf der Freifläche für die geplante bauliche Nutzung eignet und
- ob das Oberflächenwasser versickert werden kann.

Nach den Erfahrungen mit der vorhandenen Bebauung am Südrand des Plangebiets und auf dem Schulgelände am Ostrand geht die Stadt davon aus, dass der Boden eine ausreichende Tragfähigkeit besitzt.

Soweit eine Versickerung an Ort und Stelle nicht möglich ist, kann das Oberflächenwasser nach ausreichender Rückhaltung gedrosselt in den Hüpeder Bach abgeleitet werden, der nördlich des Plangebiets vorbeifließt.

3. baulich genutzte Flächen, Freiflächen, Zustand von Natur und Landschaft

Vgl. die Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands im Umweltbericht, Abschnitt V.2.a), S. 11!

III. Begründung der Festsetzungen und nachrichtl. Übernahmen

1. „Fläche für Gemeinbedarf - Schule“

Die Fläche für die Schulerweiterung wird als „Fläche für Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Schule“ festgesetzt. Damit wird die geplante Nutzung ermöglicht. Als Maß der baulichen Nutzung werden drei Vollgeschosse und eine Grundflächenzahl von 0,4 zugelassen. Das stimmt mit den Festsetzungen überein, die der Bebauungsplan Nr. 107 „Das kleine Rodefeld“ für das vorhandene Schulgelände enthält (vgl. auch oben Abschnitt I.2., S. 4).

2. Zufahrt nach Norden, Pflanzflächen, überbaubare Grundstücksfläche

Als Ersatz für den Feldwirtschaftsweg, der in das Schulgelände einbezogen werden soll, ist eine neue Zufahrt zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen nördlich des Plangebiets erforderlich. Sie ist am Rand des Plangebiets mit einer Breite von 5 m geplant. Gesonderte Festsetzungen sind dafür nicht erforderlich. Die Zufahrt muss aber frei gehalten werden.

Zur Eingrünung des geplanten Schulgeländes wird am Westrand neben der Zufahrt nach Norden ein 5 m breiter Streifen als „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ festgesetzt. Er soll mit standortheimischen Bäumen und Sträuchern bepflanzt werden. Damit die geplante Bebauung die Bepflanzung nicht beeinträchtigt, wird die überbaubare Grundstücksfläche durch eine Baugrenze im Abstand von 2 m vom Pflanzstreifen festgesetzt. Im Norden und Süden soll die Bebauung 7 m Abstand halten.

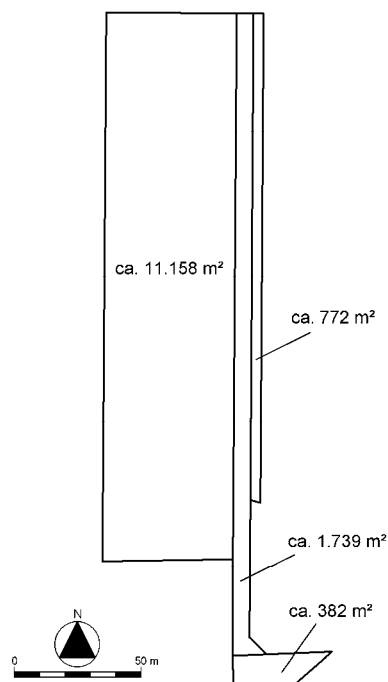
An der Ostseite des Plangebiets wird in dem 4 m Streifen, der im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 107 „Das kleine Rodefeld“ liegt, auf die Festsetzung einer Baugrenze verzichtet. Damit wird die Festsetzung im Bebauungsplan Nr. 107 aufgehoben. Vgl. auch oben Abschnitt I.2., S. 4!

3. Öffentliche Straßenverkehrsfläche

Der Abschnitt der Straße „Am Pfingstanger“ am Südrand der Plangebiets, über den das Plangebiet zusätzlich zu der vorhandenen Erschließung von Osten erschlossen werden soll, wird der vorhandenen Nutzung entsprechend als „öffentliche Straßenverkehrsfläche“ festgesetzt.

4. Flächenübersicht

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist **rd. 1,4 ha** groß. Er besteht aus der Erweiterungsfläche für die Schule mit 12.897 m², dem angrenzenden Abschnitt der Straße „Am Pfingstanger“ mit 382 m² und dem 4 m-Streifen des vorhandenen Schulgeländes mit 772 m² (vgl. den nebenstehenden Plan).



IV. Abwägung: öffentliche Belange ohne Umweltbelange

1. Belange des Bildungswesens

Mit dem Bebauungsplan wird der Bau von Schulgebäuden zur Deckung des Raumbedarfs im Schulzentrum von Pattensen vorbereitet. Damit werden die Belange des Bildungswesens gefördert (§ 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB). Das ist das wesentliche Ziel des Bebauungsplans.

2. Belange der Landwirtschaft

Durch den Bebauungsplan werden ca. 11.158 m² Acker und ein Feldwirtschaftsweg einer baulichen Nutzung zugeführt. Damit werden die Belange der Landwirtschaft beeinträchtigt. Die Erreichbarkeit der Flächen nördlich des Plangebiets, die bisher durch den Feldwirtschaftsweg besteht, bleibt erhalten. Für die betroffenen Landwirte wird eine Überfahrt am Rand des Schulgeländes freigehalten. Besondere Festsetzungen sind dafür nicht erforderlich. Die Gestaltung der Überfahrt ist Sache der Durchführung des Bebauungsplans.

3. Verkehrserschließung, Ver- und Entsorgung

Eine geordnete Verkehrserschließung des Plangebiets ist vorhanden. Die Erweiterung des Schulgeländes wird vom Platz St. Aubin über das vorhandene Schulgelände erschlossen. Außerdem kann das Plangebiet direkt von der Göttinger Straße über die Straße „Am Pfingstanger“ am Südrand des Plangebiets erschlossen werden.

Das Plangebiet wird an das Telekommunikationsnetz der **Deutschen Telekom Technik GmbH**, an das Elektrizitätsnetz der **SVP Stadtversorgung Pattensen GmbH & Co. KG** und an das Wasserversorgungsnetz und an die Schmutzwasserkanalisation der Stadt angeschlossen.

Die **Telekom** hat mitgeteilt (Schreiben vom 04.09.2014), dass sich im Planbereich zurzeit keine ihrer Telekommunikationsanlagen befinden. Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger sei es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn schriftlich angezeigt werden.

Die **Avacon AG**, die für die SVP tätig ist, hat darauf hingewiesen, dass im Plangebiet Mittelspannungs- und Niederspannungsleitungen gibt. Eine Überbauung und die Bepflanzung mit Bäumen, die den Bestand der Leitungen beeinträchtigen können, ist nicht gestattet. Die Leitungen liegen in der Straße „Am Pfingstanger“ und in dem Feldwirtschaftsweg am Westrand des vorhandenen Schulgeländes. Sie werden bei der Durchführung des Bebauungsplans berücksichtigt.

Die Region Hannover hat sich zum **Brandschutz** folgendermaßen geäußert (Schreiben vom 29.09.2014):

Der Löschwasserbedarf für das Plangebiet (Zweckbestimmung: Schule) ist nach dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW – unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung - mit mindestens 1.600 l/min. über 2 Stunden sicherzustellen. Sofern das aus dem Leitungsnetz zu entnehmende Löschwasser der erforderlichen Menge nicht entspricht, sind zusätzlich noch unabhängige Löschwasserentnahmestellen in Form von Bohrbrunnen, Zisternen oder ähnlichen Entnahmestellen anzulegen.

Hinsichtlich der Zugänglichkeit / Zuwegung, Aufstell- und Bewegungsflächen für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge wird hiermit allgemein auf §§ 1 und 2 DVO-NBauO in Verbindung mit „Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ verwiesen.

Die Hinweise zum Brandschutz werden bei der Durchführung des Bebauungsplans beachtet.

Träger der Abfallbeseitigung ist der **aha** Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover.

Eine geordnete Oberflächenentwässerung ist möglich. Das Oberflächenwasser, das nicht an Ort und Stelle versickert, kann gedrosselt in den Hüpeder Bach abgeleitet werden. Vgl. dazu oben Abschnitt II.1., S. 6!

V. Umweltbericht (§ 2 Abs. 4 und § 2a BauGB)

Der Umweltbericht ist ein gesonderter Teil der Begründung. Im Umweltbericht werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, die in der Umweltprüfung ermittelt wurden, beschrieben und gewertet. Inhalt und Gliederung des Umweltberichts ergeben sich aus der Anlage 1 zum BauGB.

1. Einleitung

a) Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplans

Mit dem Bebauungsplan werden eine **rd. 1,1 ha** große Ackerfläche und ein angrenzender Feldwirtschaftsweg als „Fläche für Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Schule“ festgesetzt. Auf der Fläche sollen neue Schulgebäude für das Schulzentrum Pattensen gebaut werden. Außerdem wird die Bebauung eines 4 m breiten Streifens am Westrand des vorhandenen Schulgeländes ermöglicht.

b) Darstellung der Ziele des Umweltschutzes

Im Folgenden werden die Ziele des Umweltschutzes, die in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegt sind, dargestellt, soweit sie für den Bebauungsplan von Bedeutung sind, und es wird dargestellt, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bebauungsplans berücksichtigt wurden.

Fachgesetze

Im Plangebiet ist eine Erweiterung des vorhandenen Schulgeländes geplant, das am Ostrand anschließt. Der Schulbetrieb verursacht keine wesentlichen Emissionen. In der Umgebung des Schulgeländes gibt es weder emittierende noch schutzbedürftige Nutzungen. Die Rechtsvorschriften zum Immissionsschutz sind daher für die Abwägung ohne Bedeutung.

Für die Auswirkungen der geplanten baulichen Nutzung auf die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und das Landschaftsbild gilt die Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz (§ 1a Abs. 3 BauGB). Außerdem sind die Vorschriften des Artenschutzes (§§ 37 ff. BNatSchG) zu beachten.

Fachpläne

Für das Plangebiet gibt es den Landschaftsrahmenplan der Region Hannover. Er wird beachtet.

2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

a) Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands

Das Gelände im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans hat Gefälle von Süden nach Norden. Der höchste Bereich liegt an der Straße „Am Pfingstanger“ ca. 66,4 m üNN. Die tiefste Stelle liegt am Ostrand des Plangebiets ca. 65,5 m üNN.

Das Plangebiet gehört zum Entwässerungsgebiet des Hüpeder Bachs. Er fließt an der Ostseite des vorhandenen Schulgeländes und nördlich von Schulgelände und Erweiterung vorbei nach Norden und mündet im Ortszentrum in den Fuchsbach. Der Fuchsbach mündet östlich von Pattensen in die Leine.

Das Plangebiet liegt an der Westseite des Schulgeländes der KGS Ernst-Reuter-Schule. Vgl. das folgende **Luftbild!**



Luftbild vom Plangebiet (weiße Linie) und dem Schulzentrum Pattensen
westlich der Göttinger Straße im Ortsteil Pattensen-Mitte

Das Plangebiet ist rd. 1,4 ha groß.

Das Plangebiet wird im Norden und Westen von Ackerflächen und im Süden von der Straße „Am Pfingstanger“ begrenzt. Nach Osten schließt sich das Schulgelände der KGS Ernst-Reuter-Schule an.

Aspekte des derzeitigen Umweltzustands, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, betreffen **die Ackerfläche, den Feldwirtschaftsweg und den Westrand des vorhandenen Schulgeländes**. Es sind

- der Boden, der durch Bauvorhaben versiegelt wird,
- das Oberflächenwasser, das nicht mehr flächig versickern kann,

- die Pflanzen und Tiere, die ihren Lebensraum verlieren und
- die freie Landschaft, die verloren geht und durch ein Schulgelände ersetzt wird.

Die Bedeutung dieser Schutzgüter für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und das Landschaftsbild bestimmt die Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen. Die Beurteilung erfolgt auf der Grundlage der **„Naturschutzfachlichen Hinweisen zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung“** (Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/94), die das Niedersächsische Landesamt für Ökologie (NLÖ) ursprünglich herausgegeben hat (Bearbeiter: Wilhelm Breuer), und die vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küstenschutz und Naturschutz (NLWKN), der inzwischen zuständig ist, aktualisiert wurden (Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/2006). Sie werden im Folgenden kurz als **„Hinweise“** bezeichnet.

Schutzgut „Boden“

Der Boden im Plangebiet ist nach den aktualisierten Hinweisen kein „Boden mit besonderer Bedeutung“. Die Region Hannover hat dazu in ihrer Äußerung zum Vorentwurf des Bebauungsplans (Schreiben vom 04.12.2014) Folgendes mitgeteilt:

Ich empfehle weiterhin, die Schutzwürdigkeit des Schutzgutes Boden bei der Aufstellung des Bebauungsplanes in der Abwägung anders und stärker zu gewichten und die Eingriffsbilanzierung auf Seite 16 der Begründung entsprechend zu überarbeiten (siehe auch meine Stellungnahme zur 32. Flächennutzungsplanänderung).

Der Bereich der geplanten Nutzungsänderung weist eine sehr hohe Wertigkeit der Böden auf (Bodenzahl 81-85). Mit der Neuauflage der Publikation »Schutzwürdige und schutzbedürftige Böden in Niedersachsen« (Gunreben/Boess 2008) des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie wurden durch das Fachamt erstmals auch Böden mit einer hohen Ertragsfähigkeit zu den schutzwürdigen Böden gezählt. Diese Böden sind für eine landwirtschaftliche Nutzung vor anderen bodenbeanspruchenden und –belastenden Nutzungen zu schützen. Dies gilt insbesondere für Siedlungs- und Verkehrsnutzungen, die z. B. zu Versiegelung, Erosion oder Verdichtung führen und damit den Boden schädlich verändern oder sogar irreversibel zerstören. Die auf Seite 13 der Begründung getroffene Einschätzung, wonach es sich im Änderungsbereich um keinen Boden mit besonderer Bedeutung handelt, entspricht nach Sicht der unteren Naturschutzbehörde daher nicht dem aktuellen fachlichen Stand.

Dieser Empfehlung wird nicht gefolgt. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Ertragsfähigkeit des Bodens, die in der Bodenzahl zum Ausdruck kommt, und der Bedeutung des Bodens für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, um die es bei der Eingriffsbeurteilung geht, besteht nicht. Das ergibt sich aus den Hinweisen des NLWKN zur Anwendung der Eingriffsregelung. Dass das LBEG Böden im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Landwirtschaft bewertet, ergibt sich aus seinen Aufgaben. Die Stadt berücksichtigt die Auswirkungen auf die Belange der Landwirtschaft gesondert in der Abwägung.

Schutzgut „Oberflächenwasser“

Das Oberflächenwasser im Plangebiet wird durch die Ackernutzung nur wenig verunreinigt. Es ist als „nicht belastet bis mäßig belastet“ einzustufen (Wertstufe 1).

Schutzgut „Pflanzen und Tiere“ - Artenschutz

Die Bewertung des Schutzguts „Pflanzen und Tiere“ ergibt sich aus dem Biotoptyp, dem die Flächen im Plangebiet zuzurechnen sind. Bei dem Acker handelt es sich um einen naturfernen Biotoptyp, der durch intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt ist. Er hat für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts nur geringe Bedeutung (Wertstufe 3).

Bei der Planung ist der Schutz der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Biotope (Artenschutz, §§ 37 ff. BNatSchG) zu beachten.

Die Stadt hat von der Ingenieurgemeinschaft AGWA GmbH, Hannover (Bearbeiter Dipl. Ing. Michael Jüring) ein „**Artenschutzfachliches Gutachten**“ ausarbeiten lassen (Ergebnisbericht Dezember 2012). Es enthält eine Bestandsaufnahme der Vorkommen geschützter Arten und Vorschläge für die Kompensation von Beeinträchtigungen dieser Arten. Untersucht wurde in Abstimmung mit der UNB Vorkommen von Brutvögeln, Feldhamstern und Heuschrecken. Ergebnis: Im Plangebiet wurden Brutvorkommen von Brutvögeln ermittelt. Ein Verstoß gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG wird vermieden, indem die Durchführung der geplanten Bebauung außerhalb der Brutzeiten der Vögel erfolgt. Feldhamsterbaue wurden im Plangebiet nicht festgestellt. Gesetzlich besonders geschützte Heuschreckenarten sind ebenfalls nicht betroffen.

Schutzgut „Landschaft und biologische Vielfalt“

Der Landschaftsteil, in dem das Plangebiet liegt, wird

- im Süden von der Straße „Am Pfingstanger“ und
- im Osten vom Schulgelände der Ernst-Reuter-Schule.

Im Westen und Norden schließen sich Ackerflächen an (vgl. das Luftbild).

Das Plangebiet ist daher nur noch sehr eingeschränkt als freie Landschaft erlebbar.

Schutzgut „Klima und Luft“

Die Region Hannover hat sich dazu folgendermaßen geäußert (Schreiben vom 04.12.2014):

Das Vorhaben soll in einem Bereich gebaut werden, den der Landschaftsrahmenplan der Region Hannover als ein Kalt-/Frischlufteinstehungsgebiet mit Bezug zu belasteten Siedlungsräumen identifiziert hat.

In der Karte 4 – Klima und Luft des LRP sind großflächige „Kalt-/Frischlufteinstehungsgebiete (Ausgleichsräume) mit Bezug zu belasteten Siedlungsgebieten“ dargestellt. Das Gebiet, auf das sich die Region bezieht, reicht vom Süllberg westlich von Lüdersen bis zum Ostrand von Pattensen-Mitte. In dem Gebiet wird eine „Leitbahn für Luftaustausch zwischen Ausgleichsräumen und belasteten Siedlungsgebieten (lokal wirksam)“ durch Pfeile ausgewiesen, die von Westen nach Osten nördlich des Plangebiets entlang der Schille verläuft.

b) Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Bei Durchführung der geplanten Nutzungen sind folgende Veränderungen des Umweltzustands zu erwarten:

Schutzgut „Boden“

Der Boden wird durch das Schulgelände mit Gebäuden und befestigten Flächen für Stellplätze und sonstige Nutzungen versiegelt und geht damit als Lebensraum für Pflanzen und Tiere und als Versickerungsfläche für das Oberflächenwasser verloren. Auf den ca. 1,1 ha der betroffenen Ackerfläche ist mit einer Versiegelung von ca. 60 % zu rechnen. Das ergibt eine **versiegelte Fläche von 0,66 ha**.

Schutzgut „Oberflächenwasser“

Das Oberflächenwasser kann aufgrund der Bebauung nicht mehr flächig in den Boden gelangen. Es wird auf den Dach- und Hofflächen gesammelt und auf dem Schulgelände versickert oder nach Rückhaltung in den Hüpeder Bach abgeleitet. Der Schadstoffeintrag durch die Versickerung, der bei der geplanten Nutzung entsteht, ist gering. Er wird in den

Versickerungsanlagen konzentriert. Insgesamt ist jedoch im Vergleich mit der landwirtschaftlichen Nutzung nicht zu erwarten, dass die Schadstoffe zunehmen, die in das Grundwasser gelangen.

Schutzgut „Pflanzen und Tiere“

Pflanzen

Die betroffene Fläche (1,3 ha) wird als Acker und Feldwirtschaftsweg genutzt. Sie wird Schulgelände. An dem Feldwirtschaftsweg und am Westrand des Schulgeländes gibt es Sträucher, die für die bauliche Nutzung voraussichtlich beseitigt werden müssen.

Tiere

Die Sträucher am Feldwirtschaftsweg werden von Brutvögeln genutzt. Bei der Erweiterung des Schulgeländes gehen diese Sträucher voraussichtlich verloren. Ein Verstoß gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG wird vermieden, da die Vögel auf andere Bäume und Sträucher in der Umgebung des Plangebiets ausweichen können.

Schutzgut „Landschaft und biologische Vielfalt“

Der Landschaftsteil, den das Plangebiet erfasst, geht als Teil der freien Landschaft verloren. Er wird Teil des Siedlungsbereichs. Das Schutzgut „freie Landschaft“ wird nicht erheblich beeinträchtigt. Der betroffene Landschaftsteil hat für dieses Schutzgut nur geringe Bedeutung.

Europäische Schutzgebiete (§ 1 Abs. 6 Ziffer 7 Buchstabe b BauGB)

Erhaltungsziele oder der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes sind von der Planung nicht betroffen.

Schutzgut „Mensch“ (§ 1 Abs. 6 Ziffer 7 Buchstabe c BauGB)

Das Schutzgut „Mensch“ wird im Plangebiet nicht beeinträchtigt. Es gibt keine emittierenden Nutzungen in der Umgebung. Der Schulbetrieb verursacht auch keine erheblichen Belästigungen. In der Umgebung gibt es keine schutzbedürftigen Nutzungen.

Schutzgut „Kulturgüter und sonstige Sachgüter“ (§ 1 Abs. 6 Ziffer 7 Buchstabe d BauGB)

Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter können bei der Durchführung des Bebauungsplans entstehen, wenn Bodendenkmale gefunden werden. Die Region Hannover hat sich dazu folgendermaßen geäußert (Schreiben vom 29.09.2014):

Baudenkmalpflegerische Belange werden durch die Planung nicht berührt.

Seitens der archäologischen Denkmalpflege wird darauf hingewiesen, dass im Umfeld des Plangebietes archäologische Fundstellen bekannt sind. Aufgrund dessen als auch der siedlungsgünstigen Lage des Plangebietes auf einer sich halbinselartig über die Niederung von Schille und Hüpeder Bach erhebenden und somit hochwasserfreien Kuppe auf fruchtbaren Parabraunerden ist bei Baumaßnahmen im Plangebiet dringend mit der Aufdeckung archäologischer Befunde und Funde zu rechnen.

Ich bitte Sie als Veranlasserin der Planung daher dringend, die nachfolgende Information durch Aufnahme in die Planbegründung, besser noch durch einen entsprechenden Hinweis auf dem Plan selbst, den Zulassungsbehörden und den für die Bau- und Erdarbeiten im Plangebiet Verantwortlichen zur Kenntnis zu geben:

„Da mit dem Auftreten archäologischer Befunde und/oder Funde zu rechnen ist, bedürfen Erdarbeiten im Plangebiet einer denkmalrechtlichen Genehmigung gemäß § 13 NDSchG. Die Ge-

nehmung ist im Vorfeld bei der Unteren Denkmalschutzbehörde der Region Hannover zu beantragen und wird nur unter Auflagen und Bedingungen erteilt.

Hinweise:

- Die Durchführung von Erdarbeiten ohne denkmalrechtliche Genehmigung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld geahndet werden. Auf die einschlägigen Bestimmungen des § 35 NDSchG, insbesondere die Absätze 2 und 4, wird deshalb ausdrücklich hingewiesen.
- Auf die Bestimmungen des § 6 Absatz 3 NDSchG (Veranlasserprinzip) wird ausdrücklich hingewiesen.“

Die Hinweise werden bei der Durchführung des Bebauungsplans beachtet.

Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern

Der Schulbetrieb, der im Plangebiet geplant ist, verursacht keine wesentlichen Emissionen.

Ein sachgerechter Umgang mit Abfällen wird durch den Anschluss des Plangebiets an die zentrale Abfallbeseitigung von aha gewährleistet.

Ein sachgerechter Umgang mit Abwässern wird durch den Anschluss des Plangebiets an die zentrale Schmutzwasserkanalisation der Stadt gewährleistet.

Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie

Die geplante Nutzung des Plangebiets hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf diese Belange.

Schutzgut „Klima und Luft“, Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität

Die Region Hannover hat auf die Lage des Plangebiets in dem großflächigen „Kalt-/Frischlufgebiete (Ausgleichsräume) mit Bezug zu belasteten Siedlungsgebieten“ hingewiesen, das in Karte 4 des LRP dargestellt ist. Der wesentliche Kaltluftstrom verläuft nördlich des Plangebiets. Bei der geringen Größe des Plangebiets, in dem die Erweiterung einer vorhandenen baulichen Nutzung geplant ist, erwartet die Stadt keine erhebliche Beeinträchtigung des „Ausgleichsraums“ für Kalt-/Frischluf.

Auch in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Immissionsgrenzwerte **nicht** überschritten werden, ist bei der Abwägung der betroffenen Belange die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität als Belang zu berücksichtigen (vgl. § 50 Satz 2 BImSchG). Eine Rechtsverordnung, um die es in dieser Vorschrift geht, ist derzeit die 39. BImSchV über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen. Sie hat die 22. und 33. BImSchV abgelöst. Auch wenn die darin festgelegten Immissionsgrenzwerte eingehalten werden, muss geprüft werden, wie die bestmögliche Luftqualität erhalten werden kann (Vorsorgegrundsatz, vgl. Söfker in Ernst, Zinkahn, Bielenberg, Krautzberger, Komm. zum BauGB, Sept. 2005, § 1, Rn. 155).

Im Plangebiet soll eine Erweiterung des vorhandenen Schulzentrums entstehen. Der dadurch verursachte zusätzliche Kfz.-Verkehr und die Heizungsanlagen verändern die Luftqualität nur wenig, so dass von ihnen keine erhebliche Beeinträchtigung der Luftqualität zu erwarten ist.

Ergänzende Vorschriften zum Umweltschutz (§ 1a BauGB)

In § 1a BauGB sind die ergänzenden Vorschriften zum Umweltschutz aufgeführt, die bei der Umweltprüfung zu berücksichtigen sind:

- das Bodenschutzgebot gem. § 1a Abs. 2 BauGB,
- Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz gem. § 1a Abs. 3 BauGB und
- Prüfung der Verträglichkeit mit EU-Schutzgebieten gem. § 1a Abs. 4 BauGB in Verb. mit § 31 ff. BNatSchG.
- die Erfordernisse des Klimaschutzes gem. § 1a Abs. 5.

Bodenschutzgebot

Gem. § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden. Dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Die Anforderungen, die sich aus dieser Vorschrift ergeben, werden bei der weiteren Konkretisierung der Planung durch die Begrenzung der Bodenversiegelung erfüllt.

Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz

Siehe dazu den folgenden Abschnitt „Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich“!

Prüfung der Verträglichkeit mit EU-Schutzgebieten

Siehe oben „Europäische Schutzgebiete“!

Erfordernisse des Klimaschutzes

Gem. § 1 Abs. 5 BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Bei diesem Bebauungsplan haben die Belange des Klimaschutzes nur geringe Bedeutung. Es geht um die bauliche Nutzung einer bisher als Acker genutzten Fläche. Diese Maßnahme verstärkt den Klimawandel nicht. Sie hat auch keine Auswirkungen auf die Anpassung an den Klimawandel.

Andere Schutzgüter gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB werden nicht erheblich beeinträchtigt.

c) Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Durch die geplante Nutzung des Plangebiets entsteht ein Eingriff im Sinne des BNatSchG: Mit dem Bebauungsplan wird auf einer rd. 1,1 ha großen Ackerfläche eine bauliche Nutzung vorbereitet. Sie führt zu erheblichen **Beeinträchtigungen des Schutzguts „Boden“**. Sie lassen sich bei der baulichen Nutzung einer Ackerfläche nicht vermeiden. Durch die Festsetzung der Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 wird die mögliche Bodenversiegelung auf höchstens 60 % der Fläche begrenzt.

Der optimale Ausgleich für die Beeinträchtigungen des Schutzguts „Boden“ wäre die Entsiegelung einer gleich großen Fläche an anderer Stelle. Wenn diese Möglichkeit, wie im vorliegenden Fall, nicht besteht, kann der Ausgleich nur durch die Aufwertung einer Fläche erfolgen. Die „Hinweise“ (S. 30) sehen eine Aufwertung im Verhältnis 1 : 0,3 vor, in der Aktualisierung sogar im Verhältnis 1 : 0,5. Flächen sollen aus der intensiven agrarischen Nutzung herausgenommen und zu Ruderalfluren, Brachflächen oder Siedlungsgehölzen aus standortheimischen Arten entwickelt werden. Die Stadt folgt diesem Vorgehen. Bei der Versiegelung von ca. 0,66 ha ergibt sich ein **Ausgleichsbedarf von ca. 0,33 ha**. Er wird durch den geplanten Pflanzstreifen am Rande des Plangebiets mit 0,11 ha (217 m x 5 m)

teilweise gedeckt. Der verbleibende Ausgleichsbedarf für das Schutzgut „Boden“ von **0,22 ha** wird auf Flächen der Stadt **außerhalb des Plangebiets** gedeckt.

Das **Schutzgut „Pflanzen und Tiere“** wird durch die Beseitigung der Sträucher am Westrand des vorhandenen Schulgeländes und am Feldwirtschaftsweg erheblich beeinträchtigt. Betroffen ist eine Fläche von ca. 0,08 ha am Westrand des Schulgeländes und eine Fläche von ca. 0,06 m². Die Stadt berücksichtigt den Verlust um eine Wertstufe, so dass sich ein **Ausgleichsbedarf von rd. 0,14 ha** ergibt.

Die Region Hannover hat sich zum Ausgleich für das Schutzgut „Tiere“ folgendermaßen geäußert (Schreiben vom 04.12.2014):

Die untere Naturschutzbehörde hält weiterhin die Empfehlung aufrecht, bei der Kompensation in den umliegenden Ackerbereichen fördernde Maßnahmen für die Feldlerche vorzusehen (siehe Stellungnahme zur 32. Änderung des Flächennutzungsplanes). Dass die Ackerfläche im Bebauungsplangebiet im Außenradius eines Gesangsreviers der Feldlerche liegt, ist eine Aussage des artenschutzfachlichen Gutachtens auf Seite 5. Die untere Naturschutzbehörde empfiehlt der Stadt Pattensen deshalb dringend, entsprechende Kompensationsmaßnahmen für die Feldlerche vorzusehen.

Die Stadt hält Kompensationsmaßnahmen für die Verkleinerung des Gesangsreviers einer Feldlerche nicht für erforderlich. Die Verkleinerung ist aus ihrer Sicht keine *erhebliche* Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und auch kein Verstoß gegen Vorschriften des Artenschutzes.

Die Stadt hat für die Kompensation der Beeinträchtigungen der Schutzgüter „Boden“ und „Pflanzen und Tiere“ die Flurstücke 417/1 und 418/1, Flur 15, Gemarkung Pattensen, nördlich des Plangebiets mit einer Gesamtgrößen von 3,41 ha erworben. Die Flächen werden als Grünland genutzt. Auf diesen Flächen wird der Bedarf von rd. 0,36 ha gedeckt. Eine Teilfläche in dieser Größe wird in Zukunft extensiv bewirtschaftet. Die Lage der gesamten Fläche, d. h. der 3,41 ha, ergibt sich aus dem folgenden **Luftbild**.

Da die Kompensation auf von der Stadt bereitgestellten Flächen erfolgt, sind dafür Festsetzungen im Bebauungsplan entbehrlich (§ 1a Abs. 3 Satz 4 BauGB).

d) Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Die Stadt sieht keine andere Möglichkeit, um den Flächenbedarf für das Schulzentrum Pattensen zu decken.

3. Zusätzliche Angaben

a) Verwendete technische Verfahren bei der Umweltprüfung

Bei dieser Planung sind keine technischen Verfahren für die Umweltprüfung angewandt worden. Es sind keine wesentlichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

b) Maßnahmen zur Überwachung

Gem. § 4c BauGB überwachen die Gemeinden die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung des Bebauungsplans eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln, und um in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Sie nutzen dabei die hier im Umweltbericht angegebenen Überwachungsmaßnahmen.



Luftbild (Bildfluge 2013) von der Kompensationsfläche (weiße Umrandung)

Erhebliche Umweltauswirkungen, die von der Durchführung des Bebauungsplans ausgehen und die oben im Umweltbericht beschrieben wurden, sind **Beeinträchtigungen des Schutzguts „Boden“**. Die Ausgleichsmaßnahmen werden von der Stadt auf Flächen in ihrem Eigentum teilweise im Plangebiet (Pflanzstreifen) und teilweise außerhalb durchgeführt. Die Überwachung der Verwirklichung dieser Maßnahmen ist nicht Gegenstand der Überwachung gem. § 4c BauGB (vgl. Krautzberger in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/ Krautzberger, BauGB, Sept. 2011, § 4c Rn. 23).

Andere erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt wurden nicht festgestellt. Ein Monitoring ist daher nicht erforderlich.

c) Zusammenfassung

Das Plangebiet wird für Erweiterung des Schulgeländes für das Schulzentrum Pattensen vorbereitet. Anlass ist der Bedarf an zusätzlichen Räumen. Betroffen ist eine Ackerfläche. Die Schutzgüter „Boden“ und „Pflanzen und Tiere“ werden erheblich beeinträchtigt.

Der Ausgleich soll teilweise im Plangebiet und im Übrigen außerhalb des Plangebiets erfolgen. Er ist auf von der Stadt bereitgestellten Flächen geplant. Festsetzungen im Bebauungsplan sind dafür nicht erforderlich (§ 1a Abs. 3 Satz 4 BauGB).

VI. Abwägung: Private Belange

Private Belange, die von diesem Bebauungsplan betroffen werden können, sind im Wesentlichen die aus dem Grundeigentum resultierenden Interessen der Nutzungsberechtigten. Die Ackerfläche im Plangebiet, deren Nutzungsänderung vorbereitet wird, wird von der Stadt erworben. Die geplante bauliche Nutzung erhöht ihren Wert. Die betroffenen privaten Belange werden damit gefördert.

VII. Abwägung: Zusammenfassende Gewichtung

Bei dem Bebauungsplan stehen die Belange des Bildungswesens im Vordergrund. Sie werden gefördert.

Eine geordnete Erschließung des Plangebiets ist gewährleistet. Die davon berührten Belange werden beachtet.

Die Umweltbelange werden durch die bauliche Nutzung einer bisher als Acker genutzten Fläche wesentlich beeinträchtigt. Der Boden wird teilweise versiegelt, Sträucher werden beseitigt. Dafür kann Ausgleich geschaffen werden.

Immissionen, die das Ausmaß schädlicher Umwelteinwirkungen erreichen, entstehen nicht.

Private Belange werden gefördert.

Insgesamt fördert der Bebauungsplan einen wichtigen öffentlichen Belang. Die beeinträchtigten Belange des Umweltschutzes werden ausgeglichen.

Verfahrensvermerke

Der Bebauungsplan Nr. 160 „Erweiterung Schulzentrum Pattensen“ und diese Begründung mit Umweltbericht wurden ausgearbeitet von Diplom-Volkswirt EIKE GEFFERS, Beratender Volkswirt für kommunale und staatliche Planung, Hannover.

Hannover, im Juni 2015

gez. Geffers

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 30. Juli 2015 den Bebauungsplan Nr. 160 „Erweiterung Schulzentrum Pattensen“ als Satzung und diese Begründung mit Umweltbericht beschlossen.

Pattensen, den 30. Juli 2015

Die Bürgermeisterin

Siegel

gez. Schumann

Beglaubigung

Die Übereinstimmung dieser Ausfertigung der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 160 „Erweiterung Schulzentrum Pattensen“ der Stadt Pattensen mit der Urschrift wird beglaubigt.

Pattensen, den _____

Die Bürgermeisterin